Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck - Konto: München 3987

Nr. 11 — München, 11. März 1932 — 19. Jahrgang

Vor der Reichspräsidentenwahl

Es ist selbstverständlich, daß die in Deutschland lebenden Juden als Staatsbürger der deutschen Republik in gleicher Weise wie alle anderen Staatsbürger für sich das Recht in Anspruch nehmen, bei jeder Gelegenheit und besonders bei solchen, bei denen ihr staatsbürgerliches und darüber hinaus durch die eigentümlichen Bedingungen, unter denen die Juden leben, ihre jüdischen Interessen berührt werden, nach Maßgabe ihrer Kräfte und Machtmittel auf die in Frage kommenden Entscheidungen zu wirken. Das tritt besonders bei politischen Wahlen in Erscheinung und zumal bei der gegenwärtig bevorstehenden Wahl des Reichspräsidenten für die Amtszeit der nächsten sieben Jahre. Die jüdische Gesamtheit in Deutschland ist sozial sicherlich nicht einheitlich, wiewohl man feststellen muß, daß sie, als Einheit genommen, viel homogener ist, als die Gesamtheit der übrigen in Deutschland lebenden nichtjüdischen Staatsbürger. Es ist eine anormale Erscheinung, auf die schon sehr oft hingewiesen wurde, daß der größte Teil der in Deutschland lebenden Juden wirtschaftlich und sozial eigentlich den Mittelparteien zugezählt werden muß, während er kulturell und politisch unter dem Druck der vorhandenen politischen Gegebenheiten sehr oft geneigt ist, Anschluß nach links zu suchen. Klar und schärfer ausgedrückt: die wirtschaftlichen Interessen der überwiegenden Zahl der in Deutschland lebenden Juden werden von Richtungen wahrgenommen, die auf dem Standpunkte des Privateigentums und der sogenannten kapitalistischen Wirtschaft stehen. Infolge des in Deutschland leider bei überwiegenden Teilen des nichtjüdischen Bürgertums vorhandenen Judenhasses werden die Juden jedoch gefühlsmäßig auf Parteien hingelenkt, deren wirtschaftliches Programm den Existenzbedingungen der jüdischen Bevölkerung entgegensteht, die jedoch auf Grund ihrer allgemeinen Grundsätze in der Behandlung der Judenfrage viel annehmbarer sind, als die ausgesprochenen bürgerlichen Richtungen.

Bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl herrscht jedoch eine politische Situation, in der für prinzipielle Erwägungen und für Weltanschauungskämpfe leider nur wenig Raum gegeben ist. Wahlen sind ja im allgemeinen keine Gelegenheiten zur Herausarbeitung theoretisch am klarsten gefaßter Ideologien und Weltanschauungsfragen. Sie sind Vorkommnisse der Tagespolitik und Politik ist bekanntlich, praktisch betrieben, nichts anderes als die Kunst, auf dem Wege der Möglichkeiten das größte Maß des Wünschenswerten oder des Gewünschten zu erlangen. Immer ist es so, daß man im Alltag des Geschehens und des Handelns vor die Wahl gestellt ist, zwischen verschiedenen Übeln zu unterscheiden. Nur im luftleeren Raume kann man sich das Allerbeste und das ideologisch Entsprechendste vorbehalten. Im Gestrüpp der einander befehdenden Machtfaktoren jedoch ist es gut, von den Höhen kristallklarer Ideologie zu den Niederungen des Vorhandenen herabzusteigen.

Während des Wahlkampfes, der jetzt mit besonderer Leidenschaft von den einzelnen Richtungen ausgefochten wird, ist uns Juden gar keine Möglichkeit gegeben, irgendwie entscheidend an bemerkbarer Stelle mitzuwirken. Die allgemeine Stimmung in Deutschland ist leider derartig, daß jede einzelne Partei es so ungern sieht, wenn jüdische Anhänger besonders sichtbar als Werbe- und Vorkämpfer dieser Partei in den Vordergrund rücken. Wenn man von den radikal-antisemitischen Parteien absieht, in denen die Juden naturgemäß nichts zu sagen haben, so ist auch bei anderen Richtungen die Beobachtung zu machen, daß entgegen der bisherigen Gepflogenheit jüdische Wortführer dieser Richtungen entweder freiwillig oder durch den Zwang der Situation im Hintergrund bleiben. Weder Staatspartei noch Sozialdemokratie, geschweige denn der Hindenburg-Ausschuß lassen jüdische Politiker, Redner oder Publizisten in diesen Tagen auf den Plan treten. Es ist sicherlich keine besondere Absicht dieser Parteien, dadurch eine Minderbewertung ihrer jüdischen Anhänger zum Ausdruck zu bringen, sondern darin liegt mehr das stillschweigende Zugeständnis, daß der Sache, die diese Richtungen vertreten, besser gedient ist, wenn man dem Hauptgegner, den Nationalsozialisten, keine für sie bequemen Angriffspunkte bietet und ihnen überflüssigerweise ein zugkräftiges Agitationsmittel an die Hand gibt, mit dem sie imstande wären, in ihren Versammlungen und auf ihren Plakaten anstatt viele Worte zu machen, bloß ein paar jüdische Namen zu nennen, um den gegnerischen Kandidaten in den Augen weiter Schichten zu diffamieren, denen man im Laufe von Jahren die Lehre eingetrichtert hat, daß Judentum und Verderben Deutschlands identische Begriffe sind.

Diese Sachlage ist selbstverständlich für sehr viele Juden äußerst peinlich. Man hebt es nur sehr ungern ins Oberbewußtsein, daß man durch die bisherige Entwicklung leider außerhalb der Gesellschaft gestellt ist. Aus diesem Grunde sehnen sich sehr viele Juden, und nicht gerade die schlechtesten, danach, in diesen bewegten Tagen für eine Richtung einzutreten, welche als rein kämpferische und radikale keinerlei Rücksichten auf das Leben, wie es ist, zu nehmen braucht und darum entschlossen ist, am klarsten ihre Prinzipien zum Ausdruck zu bringen. Wir meinen damit die kommunistische Partei, die

ganz genau weiß, daß ihre Kandidatur keine Aussichten hat, und die überdies weiß, daß sie auch nicht als Bundesgefährte für irgend eine andere Richtung in Frage kommt. Die kommunistische Partei kann sich darum den Luxus leisten, eine ideologisch völlig einwandfreie Politik zu treiben, und sie ist des Zwanges enthoben, Rücksichten auf die Gegebenheiten zu nehmen, denn sie geht von vornherein von der Voraussetzung aus, daß sie die reale Macht auf dem Wege demokratischer Methoden nicht erreichen wird. Die Tatsache eines prinzipienreinen und prinzipienfesten Radikalismus, die Sauberkeit eines rücksichtslos vertretenen Programms läßt die kommunistische Partei im gegenwärtigen Augenblick vielen Leuten in Deutschland und darunter auch manchen Juden sympathisch erscheinen, obwohl diese Leute und diese Juden in keiner Weise die Ansichten der kommunistischen Richtung teilen. Nur weil sich diese Menschen sagen, daß alle in Frage kommenden Kandidaten entweder a limine abzuweisen sind oder ein Produkt des Kompromisses darstellen, meinen sie recht zu handeln, wenn sie für den Vertreter einer ganz klar zum Ausdruck gebrachten unverwässerten Anschauung eintreten, auch wenn diese Anschauung nicht die ihrige ist.

Derartige Gedankengänge wären durchaus verständlich, wenn es sich um ein harmloses Spiel handeln und wenn es nicht bei dieser Wahl besonders für die Juden um Sein oder Nichtsein gehen würde. Wie die Dinge liegen, kommt es bei den bevorstehenden Wahlen auf jede einzelne Stimme an. Und es kann nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, an diese Wahl mit Ressentissements heranzugehen. Praktisch gesehen kommt nur eine einzige Kandidatur in Frage, die imstande ist, die Gefahr des Nationalsozialismus zu bannen: das ist die Kandidatur des bisherigen Reichspräsidenten Hindenburg. Es braucht nicht betont zu werden, daß Hindenburg, abgesehen von seiner über jede Kritik stehende Persönlichkeit, weltanschaulich und sozial nicht den idealen Vorstellungen eines großen Teiles von Menschen entspricht, die aufgefordert werden, für Hindenburg zu stimmen. Hindenburg ist sicherlich kein Judenkandidat, mögen auch nationalsozialistische Flugblätter diesen Unsinn ihren Anhängern vorlügen. Hindenburg ist aber unter den gegebenen Verhältnissen die einzige und die letzte Garantie, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland einigermaßen ruhig verläuft. Und stärker noch als alle anderen Kreise der deutschen Bevölkerung sind wir Juden daran interessiert, daß Ruhe und Ordnung herrschen und keine chaotischen Zustände eintreten. Denn alte historische Erfahrung sagt uns, daß in jedem Chaos die ersten und am meisten leidenden Opfer die Juden sind. Aus diesem Grunde hat ein jüdischer Mensch in Deutschland jetzt keine andere Wahl, als für die Kandidatur Hindenburgs einzutreten. Die jüdische Parole bei der Reichspräsidentenwahl muß daher lauten: Nur Hindenburg! l. s.

Pressekonferenz der Zionistischen Exekutive

Am 29. Februar 1932 fand im Sitzungssaal der Zionistischen Organisation in London eine von der Exekutive einberufene Pressekonferenz statt. Herr Berl Locker, der den Vorsitz führte, begrüßte die Vertreter der Presse und verwies auf die wichtige Aufgabe, die der Presse in der Verbreitung richtiger Informationen zufällt.

Im Namen der Exekutive referierten die Herren Professor Brodetzky, Emanuel Neumann und Berl Locker.

Wichtige Erklärungen Brodetzkys

Brodetzky führte u. a. aus:

In den letzten paar Wochen haben die Gerüchte über einen angeblichen Versuch, eine jüdisch-arabische Verständigung auf der Basis einer Teilung Palästinas in jüdische und arabische Distrikte oder „Kantone" herbeizuführen, große Aufregung hervorgerufen.

Die Exekutive hat kategorisch erklärt, daß diese Gerüchte, die aus sehr unzuverlässigen Quellen stammen, unbegründet sind; daß man an sie weder offiziell noch inoffiziell, weder direkt noch indirekt betreffs einer Round Table Conference mit den Arabern auf irgendeinem Wege herangetreten ist: daß die britische Regierung jegliche Kenntnis eines solchen Vorschlages abgeleugnet hat: trotzdem haben sich weiterhin gewisse Teile der jüdischen Presse und der jüdischen öffentlichen Meinung in einer Weise mit diesen Gerüchten beschäftigt, die darauf schließen läßt, daß sie der Meinung sind, daß hinter den Kulissen etwas vor sich ginge, und daß die Exekutive sich mit geheimen Diskussionen in bezug auf irgendeinen derartigen Vorschlag beschäftige.

Ich möchte daher die Gelegenheit ergreifen, um nochmals kategorisch zu erklären, daß die Exekutive nichts von irgendwelchen Diskussionen über solche Vorschläge, mit denen sich diese Gerüchte befassen, weiß. Die Exekutive hat niemals und hat auch augenblicklich keine Unterredungen mit irgendwelchen Arabern, Moslems, oder mit der Mandatarmacht über diese oder verwandte Fragen: die Exekutive kennt keine jüdische Persönlichkeit, die die Jewish Agency repräsentiert, die in derartigen Diskussionen begriffen ist. Das Kolonialamt hat uns heute wiederum versichert, daß ihm nichts über einen derartigen Vorschlag bekannt ist. Ich möchte nun im Namen der Exekutive erklären, daß ihre Politik stets auf der vom Präsidenten der Organisation auf dem letzten Kongreß abgegebenen Erklärung begründet war, ist und sein wird und daß die Exekutive ihre Funktionen dahin interpretiert, daß sie keine Macht hat, von dieser Politik abzuweichen und daß selbstverständlich jeder aus zuverlässiger Quelle stammende Vorschlag betreffend jüdisch-arabische Beziehungen, der der Exekutive vorgebracht wird, unverzüglich den höheren Instanzen der Bewegung, d. h. dem Actions Comitee der Zionistischen Organisation und dem Administrative Committee der Jewish Agency unterbreitet werden muß. — Da bisher von keiner beachtenswerten Stelle solche Vorschläge zur Kenntnis der Exekutive gelangt sind, besteht auch für die jüdische Öffentlichkeit keinerlei Veranlassung, sich über diese Angelegenheiten zu beunruhigen und wir appellieren an die jüdische Presse, alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um die öffentliche Meinung zu beunruhigen und sie nicht unnötig zu erregen.

Das wirklich wichtige, akute politische Problem ist momentan das des Landentwicklungsplanes und der Bodenpolitik und die vom Landentwicklungs-Direktor erwarteten Berichte.

Aus der jüdischen Welt

Eugen Landau 80 Jahre

Generalkonsul Eugen Landau, einer der hervorragendsten deutschen Wirtschaftsführer und einer der Führer des sozialen Hilfswerkes im Judentum, vollendet am 17. März 1932 sein 80. Lebensjahr. Eugen Landau wurde in Breslau als Sohn des Bankiers Geh. Kommerzienrats Jakob Landau geboren, studierte in Bern und Berlin und übernahm dann mit seinem Bruder Hugo das väterliche Bankhaus Jakob Landau, das in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts mit an erster Stelle im Berliner Finanzwesen stand, die Bankverbindung der Stadt Berlin war, deren Anleihen unterbrachte und u. a. die Königs- und Laurahütte, die A.E.G. und die Nationalbank für Deutschland mitgründete. Im Jahre 1875 wurde Eugen Landau zum spanischen Generalkonsul ernannt. Bei der Gründung, Fusionierung und Konzernbildung zahlreicher Unternehmungen wirkte Eugen Landau stark anregend auf die moderne Entwicklung des Wirtschafts- und Finanzwesens in Deutschland. Er fusionierte z. B. die Breslauer Disconto-Bank und die Bayerische Bank mit der Darmstädter Bank, die Patzenhofer Brauerei mit der Schultheiß-Brauerei usw. Außerdem beteiligte er sich an der Gründung verschiedener großer Industrie-Unternehmungen. Die Firma Jakob Landau hat Emil Rathenau, dem Vater Walther Rathenaus, und seinem Mitarbeiter Felix Deutsch die Mittel zur Gründung der Edison-Gesellschaft zur Verfügung gestellt, aus der sich dann die A.E.G. und die B.E.W. entwickelt haben.

In der Berliner Gesellschaft genießt Eugen Landau hohes Ansehen. Er war Präsident des ältesten Klubs von Berlin, der „Ressource" von 1794, Vorsitzender des „Literarischen Klubs", dem auch Spielhagen und Wildenbruch angehört haben.

Im jüdischen öffentlichen Leben Deutschlands nimmt Eugen Landau von je eine führende Stellung ein. Für jüdische Zwecke hat er stets eine offene Hand. Er bekleidet auch eine Reihe von Ehrenämtern in jüdischen Institutionen. Er ist u. a. Vorsitzender des Auerbachschen Waisenhauses, der Jüdischen Altershilfe und, als Freund des Palästinawerkes, Vizepräsident des Keren Hajessod für Deutschland.

Ein besonderes Kapitel bildet seine Wirksamkeit im Hilfsverein der Deutschen Juden, den er 1901 mit Dr. James Simon, Paul Nathan, Rabbiner Marcus Horovitz und einigen anderen jüdischen Führern gründete und dessen erster Vorsitzender er wurde. Als er infolge Arbeitsüberbürdung nach kurzer Zeit den Vorsitz niedergelegt hatte und an seiner Stelle Dr. James Simon gewählt worden war, verblieb er als erster stellvertretender Vorsitzender im Präsidium des Hilfsvereins und wirkt als solcher bis zum heutigen Tage.

Die Essener Synagoge geschändet

In einer Nacht der vergangenen Woche wurde die Essener Synagoge, das Meisterwerk Professor Körners, die als die schönste und monumentalste des Reiches, wahrscheinlich ganz Europas, gelten kann, geschändet. In riesigen Lettern wurde über dem Portal die Inschrift „Juda verrecke!" angebracht. Die Untat hat in weiten Kreisen der Bevölkerung Empörung hervorgerufen. Man ist den Tätern, die in nationalsozialistischen Kreisen zu suchen sind,

Actions-Comitees, Herrn Leo Motzkin, wurde der Beschluß gefaßt, die jetzt fällige Sitzung des Actions-Comitees in Anbetracht der Abwesenheit des Präsidenten der Organisation und um die jetzt in vollem Gang befindliche Arbeit für die Fonds nicht zu stören, erst nach den Pessachfeiertagen abzuhalten. Diese Tagung, deren Ort und genaue Zeit noch bekanntgegeben werden, soll auch das Budget für das kommende Jahr beschließen. Es wird beabsichtigt, im Anschluß an die Tagung des Actions-Comitees auch eine Sitzung des Administrative Committee der Iewish Agency einzuberufen.

Ein neuer Judenstaat?

Man verfolgt mit lebhaftem Interesse die Entwicklung der Dinge in Biro Bidschan, wo mehrere Tausend Juden mit Hilfe des Komzet und unterstützt von der Sowjetregierung, den Ansatz zu einer jüdischen landwirtschaftlichen Großsiedlung bilden, Michael Kalinin, der Präsident der Sowjetunion, will aber mehr als das, er will eine Art Judenstaat in Biro Bidschan gründen mit allen Kriterien eines innerhalb der Sowjetunion sein autonomes Eigenleben führenden Staates.

Laut Beschluß des Zentralexekutivkomitees soll sich in Biro Bidschan die Gründung einer jüdischen Republik spätestens Ende 1933 vollziehen. Nicht ausgeschlossen ist es, daß die Gründung noch vor diesem Endtermin geschieht. Es ist nicht notwendig, damit zu warten, bis die Juden in diesem Territorium die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Die Krim z. B. ist eine tartarische Republik, obwohl die Tartaren dort nur 22 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Warum sollen nicht Russen, Ukrainer und andere Nationalitäten ebensogut in einer jüdischen Republik leben, wie Juden in der Ukraine, in Weißrußland und in anderen nichtjüdischen Republiken leben. Werden 10 000 bis 15 000 Juden in Biro Bidschan konzentriert sein, dann wird die Vorbedingung der Proklamierung von Biro Bidschan als jüdische Republik gegeben sein.

Zusammengehen der jüdischen und arabischen Citruspflanzer in Palästina in der Steuerfrage

Citrus-Pflanzer in Palästina wehren sich gegen die von der Regierung ausgeschriebene Steuer von 7 Mils pro Kiste Citrusfrüchten zur Deckung der Kosten der Bekämpfung der sogenannten „schwarzen Schuppe" (eine durch Insekten hervorgerufene Obstkrankheit). Die Citrus-Pflanzer wählten ein Komitee, bestehend aus Francois Gelat, Shukri Effendie Tazi, Mohammed Effendi, Abdul Rahoum, Kenyon, Rokasch, Rabinowitsch und Riklis, das mit der Regierung wegen Aufhebung dieser Steuer unterhandelt. Auch in diesem Wirtschaftszweig ist also ein Zusammengehen zwischen den arabischen und den jüdischen Interessenten festzustellen. Die Citrus-Pflanzer stehen auf dem Standpunkt, daß sie selbst ihre Plantagen unter Aufwand hoher Kosten von Schädlingen säubern. Wenn ein Züchter seine Plantage nicht sorgfältig genug behandelt, so möge er selbst für die Folgen aufkommen.

Citrusfruchtsteuer wird fallen gelassen

Der High Commissioner General Sir Arthur